

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

29.07.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Rügener Bürgermeister für Inbetriebnahme von Nord Stream 2</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 29.07.2022</i> .....	3
2   <b>Debatte um längere Atom-Laufzeiten: Wie viel Gas ließe sich dabei überhaupt sparen?</b> <i>BUSINESS INSIDER (Deutschland), 28.07.2022</i> .....	4
3   <b>Atomnation sucht Endlager</b> <i>junge Welt, 29.07.2022</i> .....	6

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 29.07.2022 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 19.084 | Reichweite: 37.417

👤 dpa

## Rügener Bürgermeister für Inbetriebnahme von Nord Stream 2

**Sassnitz/Schwerin.** Kommunalpolitiker von der Insel Rügen haben in einem gemeinsamen Schreiben an Landes- und Bundesregierung die Nutzung der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 vorgeschlagen. Der Brief ist von sieben Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen unterschrieben. Wie der Sassnitzer Bürgermeister Frank Kracht (parteilos) mitteilte, haben nachträglich noch Vertreter weiterer Gemeinden das Schreiben unterzeichnet.

Es gehe nicht darum, Nord Stream 2 „auf Krampf“ zu aktivieren. Vielmehr gehe es um dauerhafte Energiesicherheit, betonte Kracht. Wenn es technische Schwierigkeiten gebe, diese etwa über die Pipeline Nord Stream 1 zu gewährleisten, müsse man neue Wege finden. Nord Stream 2 sei dabei eine Möglichkeit.

Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine heißt es in dem Schreiben der Bürgermeister, man verurteile „auf das Schärfste dieses Kriegsgeschehen“. Dennoch gelte es abzuwägen, wie groß die Schäden für die Bevölkerung und die Wirtschaft in der eigenen Region werden könnten. Das Schreiben

ging Kracht zufolge unter anderem an die Schweriner Staatskanzlei sowie an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Die Landesregierung habe den Brief der Bürgermeister von Rügen zur Kenntnis genommen, sagte Regierungssprecher Andreas Timm auf Anfrage. Die darin zu Nord Stream 2 aufgeworfene Frage stelle sich aber nicht. „Die Bundesregierung hat Ende Februar die Zertifizierung und damit die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 gestoppt. Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern hat diese Entscheidung unterstützt. Wir alle wünschen uns, dass es Frieden gibt. Aber der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine dauert leider weiter an“, konstatierte Timm.

Die AfD stellt sich hinter die geforderte Inbetriebnahme der Pipeline. „Die Kritik der Bürgermeister an der verheerenden Energiepolitik der Ampel ist absolut berechtigt. Die Preisexplosion, die durch die weiter steigenden Energiekosten auf immer neue Höhen getrieben wird, ist für immer mehr Bürger nicht zu stemmen“, sagte Landessprecher Leif-Erik Holm.

# BUSINESS INSIDER

📅 BUSINESS INSIDER (Deutschland) | 28.07.2022 | S. 08:38:00

👤 Christine van den Berg

🔗 WEBLINK

## Debatte um längere Atom-Laufzeiten: Wie viel Gas ließe sich dabei überhaupt sparen?

*Angesichts der Gaskrise fordert die FDP eine Laufzeitverlängerung für AKW. Die Grünen zeigen sich kompromissbereit. Was sagen Experten?*

Atomkraftwerk Isar 2. Ab Mittwoch fließt durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 nur noch 20 Prozent der möglichen Gasmenge. Der russische Staatskonzern Gazprom begründete die Drosselung damit, dass noch eine Turbine repariert werden müsse. Ein politischer Vorwand, sagt Klima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen). "Die 40 Prozent Wiederaufnahme nach der Wartung von Nord Stream 1 waren nie eine Sicherheit", sagte der Grünen-Politiker in den "Tagesthemen." Die Regierung sei vorbereitet, aber die Situation ernst. Angesichts der angespannten Lage und einem drohenden Komplett-Stopp russischer Gaslieferungen gewinnt deshalb auch die Debatte über längere Laufzeiten für Atomkraftwerke wieder an Bedeutung.

### FDP für Langzeitverlängerung der AKW bis 2024

Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, hatte sich gegenüber der "Bild"-Zeitung für eine Langzeitverlängerung der Atomkraftwerke bis 2024 ausgesprochen. Der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hingegen verhält sich in der Debatte noch zurückhaltend. Man wolle zunächst die Ergebnisse eines zweiten Stresstests zur Sicherheit der Stromversorgung abwarten, hieß es am vergangenen Montag von einer Regierungssprecherin. Die Opposition aus der Union macht dennoch Druck bei dem Thema: "Die Bundesregierung muss sich jetzt um neue Brennstäbe bemühen", sagte CDU-Chef Friedrich Merz den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Es könne nicht nur ein vorübergehender Streckbetrieb mit alten Brennstäben aufrechterhalten werden. "Wir müssen einen Weiterbetrieb so lange ermöglichen, bis die Gefahr eines Engpasses beseitigt ist."

Bislang hatten sich insbesondere die Grünen in der Regierung vehement gegen eine Verlängerung der Atomkraftwerke ausgesprochen. Jetzt kommt so etwas wie ein Signal, dass sie in einer Notlage mög-

licherweise doch kompromissbereit wären. Im ARD-Talk "Anne Will" erklärte Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, dass es eine Langzeitverlängerung nicht geben würde, dass aber ein "Streckbetrieb" der letzten drei deutschen Atommeiler Isar 2 (Bayern), Neckarwestheim (Baden-Württemberg) und Emsland (Niedersachsen) über das Jahresende hinaus möglich wäre. Die drei Meiler produzieren nach Angaben des Fraunhofer-Instituts bislang noch 6,4 Prozent der in Deutschland verbrauchten Strommenge.

### Grüne halten AKW-"Streckbetrieb" für möglich

Obwohl das Atomgesetz eigentlich vorsieht, dass in Deutschland bis zum 31. Dezember dieses Jahres keine Kernkraftwerke mehr laufen sollten, liegt eine mögliche Verlängerung der AKW nun auf dem Tisch. Wenn es zu einer wirklichen Notsituation käme, in der Krankenhäuser nicht mehr arbeiten können, so Göring-Eckardt, sei über ein Weiterlaufen der drei Meiler zu sprechen. Eine Langzeitverlängerung schließe sie aber aus. Ein "Streckbetrieb" bedeutet vereinfacht, dass die Leistung der Brennstäbe gedrosselt und dann nach und nach über das geplante Abschaltdatum Ende des Jahres hinaus der Betrieb heruntergefahren würde. In den vergangenen Wochen hatten sich immer Politiker angesichts der Krise für einen Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke ausgesprochen - auch aus dem Ausland.

Der niederländische Energieminister Rob Jetten hat "Bloomberg" zufolge die Bundesregierung gefragt, ob die Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus betrieben werden könnten, um damit in den Niederlanden den Gasverbrauch für die Stromerzeugung zu senken. Er habe damit auf eine Bitte aus Berlin reagiert, die Erdgasförderung in der niederländischen Stadt Groningen wieder zu steigern. Das wäre in den Niederlanden wegen der dabei möglicherweise entstehenden Erdbeben allerdings sehr umstritten. Experten

schätzen das Einsparpotential durch einen "Streckbetrieb" als gering ein. Experten schätzen allerdings, dass sich nicht allzu viel fehlendes Erdgas zur Stromgewinnung durch den "Streckbetrieb" ersetzen ließe.

"Der über einen Streckbetrieb zu generierende Beitrag zur Einsparung von Erdgas im Strombereich ist begrenzt, aber sicher auch nicht Null. Schätzungen zufolge liegt das insgesamt zu erreichende Einsparpotential etwa bei rund einem Prozent des deutschen Erdgasbedarfs", erklärte Manfred Fishedick vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie. Der Aufwand eines "Streckbetriebs" sei seiner Einschätzung nach gering.

Eine darüber hinausgehende Verlängerung würde allerdings ganz andere Maßnahmen erfordern. Es müssten weitergehende sicherheitstechnische Maßnahmen getroffen und neue Brennelemente angeschafft werden. Das würde Geld und Zeit erfordern und angesichts einer kurzfristig nötigen Lösung nicht sinnvoll sein. Sascha Gentes, Leiter der Abteilung für Rückbau am Institut für Technologie und Management, hält eine zeitlich befristete Laufzeitverlängerung hingegen für sinnvoller als einen "Streckbetrieb". Er ist der Meinung, Deutschland könne sich angesichts der angespannten Situation nicht erlauben, die sichersten Kernkraftwerke der Welt abzuschalten, ohne dann ausreichenden Ersatz vorzuhalten.

Bei der Beschaffung von Brennelementen und bei der Einstellung von zusätzlichem Personal, welches den sicheren Betrieb der Kernkraftwerke ermöglicht, ist Gentes optimistisch. Neue Brennstäbe zu organisieren, könnte ein Jahr dauern. Ginge es nach Walter Tromm vom Karlsruher Institut für Technologie, würden die Kernkraftwerke für weitere fünf Jahre weiterlaufen, wenn sich die Lage nach einem "Streckbetrieb" über den kommenden Winter nicht entschärft. Die drei verbliebenen Kernkraftwerke hätten laut Tromm letztes Jahr circa 33 Terawattstunden Strom erzeugt. Bei einem angenommenen Wirkungsgrad der Gaskraftwerke von 50 Prozent müssten circa 6,6 Milliarden Kubikmeter Erdgas eingesetzt werden. Damit könne man etwa drei Millionen Einfamilienhäuser ein Jahr beheizen.

Für eine Laufzeitverlängerung spricht seiner Einschätzung nach außerdem, dass Brennelemente von westlichen Herstellern besorgt werden könnten. Weil das aber ungefähr ein Jahr dauern würde, müssten die

drei Kernkraftwerke in einem "Streckbetrieb" bis dahin betrieben werden, mit etwas verringerter Leistung. Andreas Löschel, Nachhaltigkeitsforscher an der Ruhr-Universität Bochum, findet nicht, dass eine Laufzeitverlängerung die Situation in Deutschland wirklich verbessern würde. "Die drei verbleibenden Kernkraftwerke haben eine Leistung von gut vier Gigawatt. Das entspricht etwa sechs Prozent der gesamten Stromerzeugung in Deutschland. Kernkraft macht heute also nur noch einen kleinen Anteil an der Energieversorgung aus. Früher war sie ein sehr wichtiger Baustein, vor 15 Jahren lieferten sie fünfmal so viel Strom. Heute ist sie nicht mehr von überragender Bedeutung", sagte Löschel in einem "Capital"-Interview.

Aber: AKW könnten durch ihre Stromerzeugung dabei helfen, die schwierige Situation auf den Strommärkten abzuschwächen. "Die Strompreise explodieren gerade, diese Woche kostete die Kilowattstunde fast konstant mehr als 30 Cent, das ist Wahnsinn. Zusätzlich gibt es temporäre Knappheiten, die die Preise auf fast 70 Cent hochschießen lassen. Da sind dann flexible Gas- und Kohlekraftwerke gefragt", sagt er weiter. Die könnten solche Preisspitzen abfedern. Sie werden zugeschaltet, wenn es eng wird, und wieder runtergefahren, wenn sich die Lage entspannt. Kernkraftwerke könnten diese Funktion seiner Einschätzung nach kaum übernehmen. Was man jetzt stattdessen brauche, sei eine massive Senkung der Gasnachfrage.

"Wenn klar wäre, dass die Kosten für eine Laufzeitverlängerung - und ich meine da auch die politischen Kosten - im Vergleich zum Nutzen klein sind, dann könnte man diese Diskussion führen. Aber das sehe ich gerade überhaupt nicht. Wir sollten uns darum kümmern, Gas einzusparen," sagte Löschel. Anstatt die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern, sollten die erneuerbaren Energien rasch ausgebaut und die Kohlekraftwerke genutzt werden, die den Markt eigentlich verlassen müssten oder in Reserve gehalten werden.

### **TÜV-Chef: Drei bereits abgeschaltete AKW könnten wieder ans Netz gehen**

Aber könnten die AKW in Deutschland überhaupt schnell und sicher wieder ans Netz gebracht werden? Die Bundesregierung will jedoch weiterhin das Ergebnis eines erneuten Stresstests der Kraftwerke abwarten. Nach einer ersten Prüfung im Frühjahr war die Ampel-Koalition zu dem Ergebnis gekommen, die Kraftwerke nicht wieder hochzufahren.

 junge Welt | 29.07.2022 | S. 9

 Bure Luc Skaille

 WEBLINK

## ENERGIEVERSORGUNG

# Atomnation sucht Endlager

## Frankreich will Atommüll um jeden Preis in Bure deponieren. Umweltverband reicht Klage ein

Nun scheint alles in trockenen Tüchern zu sein. Frankreichs Premierministerin Élisabeth Borne hat am 8. Juli das Vorhaben zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Nähe von Bure offiziell als »gemeinnütziges Projekt nationalen Interesses« deklariert. Alle Einwände, die Bewohner, Bürgerinitiativen und die Umweltbehörde nach der »Öffentlichkeitsbeteiligung« im vergangenen Herbst vorgebracht hatten, wurden damit ignoriert. Im Lothringer Hinterland will die Atomnation jetzt mindestens 80.000 Kubikmeter hochradioaktiven Müll entsorgen: drei Castortransporte pro Woche, ein Jahrhundert lang.

Der seit 20 Jahren andauernde Konflikt um das Atomendlager dürfte sich weiter zuspitzen, denn Paris will die gesamte Projektentwicklung über eine sogenannte Opération d'intérêt national steuern, bei der allein der Staat das Sagen hat und Kommunen komplett außen vor gelassen werden. Eine schnelle Lösung der Endlagerfrage ist eine Grundvoraussetzung des neuen Atomprogramms der Regierung. Alternativen zu Bure prüfte die Endlageragentur Agence Nationale pour la Gestion des Déchets Radioactifs (ANDRA) aber nie ernsthaft. Nun drohen in Bure Landenteignungen.

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat einiges vor. Nachdem im Februar Pläne zum Ausbau der Brennelementefabrik in Lingén in Kooperation mit Rosatom geplatzt waren, stieg der russische Konzern beim Arabelle-Turbinenwerk in Belfort ein. Doch im Zuge der Atomrenaissance soll nicht nur die heimische nukleare Infrastruktur ausgebaut werden. Frankreich hat es beispielsweise geschafft, Investitionen in Atomkraft im Rahmen der EU-Taxonomie als »nachhaltig« einstufen zu lassen. Nun plant Paris, sich verstärkt beim Bau von AKW in Kasachstan oder in afrikanischen Exkolonien zu beteiligen.

Rentabel ist das Geschäft mit der Atomkraft aktuell

allerdings nicht. Erst im Juli verstaatlichte Paris den hochverschuldeten Energieriesen EDF. Gründe dafür sind die zum Teil effizienzschwachen und maroden Kraftwerke, drastische Kostensteigerungen beim Bau neuer Meiler sowie stark steigende Ausgaben für die Sicherheit der Anlagen. Wegen der Hitzewelle sowie Sicherheitswartungen sind derzeit nur 27 von 56 Atomreaktoren in Betrieb. Laut Rechnungshof brauchen bestehende Einrichtungen rund 500 Milliarden an Investitionen, ganz zu schweigen von dem Kapital, das für Rückbau, Entsorgung und Neubauten benötigt wird.

Paris strebt den Antrag auf Baugenehmigung für das Endlager in Bure bis zum Jahresende an. Es bestünden »keine ausgrenzenden Faktoren« bezüglich der Eignung des Standortes, so die ANDRA. Doch diesen Beschwichtigungen folgt der örtliche Widerstand nicht. Bürgerinitiativen zum Schutz des Ornaintals veranstalteten am Wochenende eine Protestaktion in Bar-le-Duc gegen das Endlagerprojekt in Bure. Im Gespräch mit junge Welt beklagte Aktivist Paul\*, man stehe einem Polizeistaat gegenüber. Gegner des Projekts würden mit großem Aufgebot von Polizei und Militär zurückgedrängt. »Alle sind geschmiert, und keiner macht den Mund auf. Unser Dorf wird in 20 Jahren nicht mehr existieren, weil Geld und Repression die Demokratie ersetzen«, so Paul.

Weniger überrascht über die Entscheidung der Regierung von Anfang Juli in Sachen Endlager gab sich Joël Domenjoud, Sprecher des Antiatomnetzwerks »Sortir du nucléaire«: »Wir waren vorbereitet und gehen nun juristische Schritte«, kündigte Domenjoud an. Und weitere sind auch schon geplant: Während des ersten Augustwochenendes wird die dritte Ausgabe des Bure'lesque-Festivals der Bürgerinitiativen in Héவில்리 stattfinden.